



Presseschau vom 28.01.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: **Friedrich Merz: "Gefährdung des Friedens in Europa geht ausschließlich von Russland und Putin aus"**

Im Interview äußert sich der neue CDU-Chef Friedrich Merz zur deutschen Außenpolitik. Gegenüber Russland fordert er einen deutlich härteren Kurs. Bei seiner heutigen Bundestagsrede setzt er noch einen drauf. Gleichzeitig mahnte er zu einem "europäischen Dialog" mit Moskau. Die Demokratie in den USA bezeichnet er als "dysfunktional". ... <https://kurz.rt.com/2ssv>

Wladislaw Sankin: **Deutschlands Schande oder warum ein ukrainischer Bandera-Fan hierzulande das Sagen hat**

Keinem Botschafter wird in Deutschland so eine große Bühne bereitet wie dem ukrainischen. Und kein anderer Botschafter darf so gegen deutsche Politiker hetzen. An welche historischen Vorbilder knüpft der Diplomat an, und welche Kräfte hierzulande unterstützen ihn? ... <https://kurz.rt.com/2ssm>

de.rt.com: **Seltsame Diskrepanz: Mehr Impfzertifikate als Corona-Impfungen**

Zwischen der Anzahl der gegen COVID-19 verabreichten Impfungen und der Zahl der ausgestellten digitalen Impfnachweise soll eine enorme Lücke von über 42 Millionen klaffen. Die Gründe dafür können Ärztevertreter und das Robert-Koch-Institut aber nicht schlüssig

erklären. ...

<https://kurz.rt.com/2srz>

deu.belta.by: **Jährliche Botschaft des Präsidenten an das belarussische Volk und das Parlament**

Der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko wendet sich heute mit der jährlichen Botschaft an die Nation und das Parlament. Anschließend wird er sich den Fragen der anwesenden Teilnehmer und Journalisten stellen. Das teilte der Pressedienst des belarussischen Staatschefs mit. ...

<https://deu.belta.by/president/view/jaehrliche-botschaft-des-prasidenten-an-das-belarussische-volk-und-das-parlament-59632-2022/>

Andrej Koz: **Russland und Belarus vor Großmanöver: Das steckt wirklich dahinter**

Russland und Belarus werden im Februar das gemeinsame Großmanöver „Entschlossenheit der Union 2022“ abhalten. Dabei sollen Verteidigungsstrategien der Truppen trainiert werden.

...

<https://snanews.de/20220128/russland-und-belarus-vor-grossmanoever-5157554.html>

Natalia Dembinskaja: **Gaspreis-Poker mit Gazprom: Polen schießt Eigentor**

Der russische Energieriese Gazprom hat beim internationalen Schiedsgericht die vertraglich vereinbarte Erhöhung der Preise für den polnischen Gasversorger PGNiG eingeklagt. ...

<https://snanews.de/20220128/gaspreis-gazprom-polen-5165526.html>

abends/nachts:

de.rt.com: **Lawrows Warnung zum Holocaust-Gedenktag: Ukraine und Baltikum tolerieren neonazistisches Gedankengut**

Am 27. Januar, dem Tag der Befreiung von Auschwitz-Birkenau durch sowjetische Truppen im Jahr 1945, wird der Opfer der Nazis gedacht. Auch nach 77 Jahren ist das Gedenken an die Gräueltaten der Nazisten wichtig, mahnte der Sprecher der Staatsduma.

Der russische Außenminister Sergei Lawrow wandte sich an Teilnehmer der Veranstaltungen zum Holocaust-Gedenktag und warnte, die Erinnerung an alle Opfer der menschenverachtenden Ideologie und Praktiken des Nazismus müsse wachgehalten werden, um ähnliche Tragödien in Zukunft zu verhindern:

"Mit Bedauern stellen wir fest, dass heute in einer Reihe von europäischen Ländern, vor allem in der Ukraine und den baltischen Staaten, mit Billigung der örtlichen Behörden offen neonazistisches Gedankengut verbreitet wird, Fackelzüge und Aufmärsche zu Ehren von Hitlers Kollaborateuren stattfinden und eine totale Geschichtsfälschung betrieben wird."

In Moskau nahm der Vorsitzende der Staatsduma, Wjatscheslaw Wolodin, zusammen mit Abgeordneten an einer Gedenkzeremonie teil. "Wir können sehen, dass Nazis derzeit in einer Reihe von Ländern ihr Haupt erheben. Sie marschieren unter Fahnen und geben Erklärungen ab, die uns alarmieren müssen." Nur eine öffentliche Verurteilung könne solche Leute aufhalten, warnte Wolodin am Donnerstag. Wolodin betonte:

"Sodass jeder noch einmal darüber nachdenken sollte, wohin das führen kann. Es ist wichtig, all jener zu gedenken, die ihr Leben gaben, um unser Land und die ganze Welt von der braunen Pest zu befreien."

Trotz der unterschiedlichen Ansichten der Abgeordneten seien sie sich einig: "Die Tragödie darf sich nicht wiederholen. Es ist wichtig für uns, dass jeder dies versteht", so der Sprecher der Staatsduma.

Ein Großteil der Streitkräfte Hitlerdeutschlands war an der sowjetisch-deutschen Front zum Einhalt gezwungen worden, wo Armeen der polnischen Streitkräfte zusammen mit der Roten

Armee – darunter Russen, Ukrainer, Weißrussen, Tataren, Juden, Armenier, Kasachen, Georgier, Usbeken, Aseris, Moldawier und Dutzende anderer Nationalitäten – gekämpft hatten. Der 27. Januar ist auch der Jahrestag der Aufhebung der Blockade Leningrads durch Nazideutschland. Die Belagerung, die am 8. September 1941 begonnen und 872 Tage gedauert hatte, hatte Hunderttausende von Einwohnern der Stadt das Leben gekostet. Der russische Präsident Wladimir Putin besuchte am Donnerstag den Gedenkfriedhof Piskarjowskoje im heutigen St. Petersburg, um die Verteidiger der Stadt und die Opfer der Belagerung Leningrads zu ehren.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61f3321fb480cc1e0321c345.jpg>

de.rt.com: **Weiterer US-Konvoi mit gestohlenem Erdöl verlässt Syrien**

Laut lokalen syrischen Medienberichten verließ ein weiterer von der US-Armee beschützter Konvoi mit Erdöl den Nordosten Syriens in Richtung Irak. Es soll bereits der dritte Konvoi in diesem Jahr gewesen sein. Damaskus wirft Washington einen Bruch seiner Souveränität vor. Die illegale US-amerikanische Besatzungstruppe in Syrien hat diese Woche laut lokalen Medienberichten erneut einen mit syrischem Erdöl beladenen Konvoi in Richtung Irak geschickt. Das berichtete Syriens amtliche Nachrichtenagentur SANA unter Berufung auf lokale Quellen. Ein Anwohner erklärte:

"130 Tanker mit Rohöl, das von den US-Besatzungstruppen in Zusammenarbeit mit der SDF-Miliz aus den syrischen Ölfeldern gestohlen wurde, verließen die Region Al-Dschasira in Richtung des irakischen Dorfes Al-Mahmudija, südlich des illegalen Grenzübergangs Al-Walid."

Das gestohlene Erdöl sei durch einen zuvor von den US-Streitkräften eröffneten Korridor in Richtung des Dorfes Al-Mahmudija gebracht worden. Dieser Korridor ermögliche es der mit den USA verbündeten syrisch-kurdischen SDF-Miliz ("Demokratische Kräfte Syriens") zudem, dutzende LKWs mit geschmuggelten Gütern durch den Al-Walid-Übergang aus dem Irak in Syriens Al-Dschasira-Region zu bringen.

Einige Stunden, nachdem der Erdöl-Konvoi Syrien verlassen hatte, habe ein mit US-Gütern beladener Konvoi von 46 Kühllastwagen sowie weiteren Fahrzeugen über denselben Übergang Syrien betreten. Dies hätten von SANA zitierte lokale Quellen berichtet.

Die syrische Regierung beschuldigt die USA, regelmäßig solche Konvois mit gestohlenem syrischem Erdöl durchzuführen. Das würde einen eklatanten Bruch des Völkerrechts bedeuten, zusätzlich zu der ohnehin schon illegalen Besetzung syrischer Gebiete durch Washington.

Erst in der letzten Woche habe ein ähnlicher Konvoi bestehend aus 111 LKWs und Tanklastern, in Begleitung von sechs US-amerikanischen Militärfahrzeugen, Erdöl aus Syrien nach Irak gebracht. Anfang Januar sollen es bei einem weiteren Konvoi 128 Fahrzeuge gewesen sein.

Washington betreibt in Syrien noch einige Militärbasen, die ohne Einwilligung der syrischen Regierung errichtet wurden. Zudem unterhält das US-Militär Beziehungen zu mehreren Milizen. Darunter auch die SDF, die große Landesteile besetzt hält und quasi-autonome Strukturen errichtet hat, ohne zuvor ein politisches Abkommen darüber mit der legitimen syrischen Regierung abgeschlossen zu haben. Der syrischen Regierung und vielen internationalen Beobachtern zufolge handelt es sich bei den US-Aktivitäten in Syrien um eine illegale Besetzung. Die USA ihrerseits begründen ihre Präsenz in dem Land mit angeblichen Anti-Terror-Operationen. Wobei der ehemalige US-Präsident Donald Trump explizit erklärt hatte, dass US-amerikanische Truppen sich in Syrien "nur wegen des Erdöls" noch aufhalten würden.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61f281ccb480cc28c078659f.jpg>

snews.de: **Mindestens 17 Verletzte bei Schießerei an der Grenze zwischen Kirgistan und Tadschikistan**

Bei einer Schießerei zwischen den zentralasiatischen Republiken Kirgistan und Tadschikistan sind am Donnerstag mindestens 17 Menschen verletzt worden, meldet SNA Tadjikistan unter Berufung auf ein Krankenhaus in der Stadt Isfary.

Auf tadschikischer Seite habe es 13 Verletzte gegeben, darunter elf Militärs und zwei Zivilisten. Ein Soldat schwebte in Lebensgefahr, hieß es.

Zuvor hatte der Grenzschutz Kirgistans über eine Schießerei zwischen Grenzsoldaten beider Länder informiert. Den Angaben zufolge setzte die tadschikische Seite auch Granatwerfer ein. Als Ursache für den Zwischenfall wurde die Blockade einer Verkehrsstraße zwischen den kirgisischen Städten Isfanu und Batken durch tadschikische Militärs genannt.

Zuvor hatte Stanislav Sjas, Generalsekretär der Organisation des Vertrages über die kollektive Sicherheit (OVKS), mit dem Sekretär des Sicherheitsrates Tadschikistans, Nasrullo Machmudsoda, und dessen kirgisischem Kollegen Marat Imankulow telefoniert. Er rief beide OVKS-Mitgliedsländer auf, auf feindselige Handlungen zu verzichten und das Feuer unverzüglich einzustellen.

An der tadschikisch-kirgisischen Grenze kommt es immer wieder zu Zwischenfällen und bewaffneten Auseinandersetzungen. Probleme resultieren aus den Streitigkeiten um den Verlauf der Grenze in mehreren Gebieten.

Ende April 2021 war in derselben Region ein Konflikt um den Zugang zu einer Trinkwasserquelle in eine regelrechte Schlacht der Grenzsoldaten ausgeartet. 36 Kirgisen starben, rund 200 wurden verletzt. Tadschikistan sprach von 19 Toten und 87 Verletzten. Zerstört wurden rund 300 Wohnhäuser und Objekte der Infrastruktur.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/01/1b/5155929_0:165:2843:1764_1920x0_80_0_0_6290241a7699312a44bee6b691b55260.jpg

vormittags:

de.rt.com: **Große US-Konzerne besorgt über mögliche neue Sanktionen gegen Russland**

Nachdem US-Präsident Joe Biden damit gedroht hat, Russland im Falle eines Einmarsches in die Ukraine mit verheerenden Sanktionen zu belegen, haben einige große US-amerikanische Unternehmen das Weiße Haus aufgefordert, die möglichen wirtschaftlichen Auswirkungen ernst zu nehmen.

Der Nationale Außenhandelsrat (NFTC), der Chevron, General Electric und andere große US-Unternehmen vertritt, die mit Russland lukrative Geschäfte machen, hat die US-Regierung aufgefordert, die Befreiung bestimmter Produkte von finanziellen Sanktionen zu erwägen und ihnen zu erlauben, ihren Verpflichtungen nachzukommen.

Ein Sprecher des American Petroleum Institute, einer großen Washingtoner Lobbygruppe, betonte unterdessen, dass jegliche Embargos "so gezielt wie möglich sein sollten, um den potenziellen Schaden für die Wettbewerbsfähigkeit von US-Unternehmen zu begrenzen".

Eine Quelle im US-Kongress soll laut Medienberichten mitgeteilt haben, dass sich Energieunternehmen direkt an die Gesetzgeber gewandt hätten, um sicherzustellen, dass ihre Vermögenswerte nicht beschlagnahmt werden, falls sie ihre Geschäfte in Russland mehr erfüllen können.

Auch Jake Colvin, der Präsident der NFTC, betonte Anfang der Woche, dass die Biden-Regierung und die Gesetzgeber "die Details klären müssen, falls sie die angedrohten Sanktionen durchsetzen müssen".

Die Bedenken der US-amerikanischen Unternehmen wurden laut, nachdem Biden seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin mit "noch nie gesehenen" Sanktionen gedroht hatte. Der US-Präsident gab jedoch zu, dass mögliche Embargos, einschließlich der Unterbindung von Transaktionen russischer Banken in US-Dollar, weitreichende Auswirkungen über die Wirtschaft des Landes hinaus haben würden. Er erklärte:

"Ich möchte Ihnen klar sagen, dass die ernsthafte Verhängung von Sanktionen in Bezug auf Dollar-Transaktionen und andere Dinge negative Auswirkungen auf die Vereinigten Staaten, ebenso wie negative Auswirkungen auf die Volkswirtschaften Europas und eine verheerende Wirkung auf Russland haben werden."

Im Dezember wies die stellvertretende US-Außenministerin Victoria Nuland darauf hin, dass die USA zusammen mit ihren Verbündeten in Europa die Möglichkeit in Betracht ziehen, Russland vollständig vom globalen Finanzsystem abzuschneiden, falls es versucht, eine Offensive in der Ukraine zu starten.

Ihre Drohung erfolgte nach der Veröffentlichung eines Berichts der US-Nachrichtenagentur

Bloomberg, die mitteilte, dass Washington große russische Banken ins Visier nehmen und Moskaus Zugang zum SWIFT-Zahlungssystem kappen könnte.

Der Kreml hat wiederholt bestritten, Pläne für eine Militäroffensive zu haben, und bezeichnete die Anschuldigungen als "grundlos und falsch". Putins Pressesprecher Dmitri Peskow hatte zuvor erklärt, die Bewegung der Streitkräfte des Landes auf seinem eigenen Territorium sei eine interne Angelegenheit und gehe niemanden etwas an.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61f277ceb480cc19c5595966.jpg>

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 27. Januar 2022 wurde eine Verletzung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

Wesjologorowka wurde mit Antipanzergranatwerfern (2 Schüsse) und großkalibrigen Maschinengewehren (50 Schüsse) beschossen.

Um 14:35 Uhr eröffneten die bewaffneten Formationen der Ukraine das Feuer mit einem Antipanzergranatwerfer auf Wesjologowka, dabei wurde ein Soldat der Volksmiliz der LVR getötet.

snanews.de: **Ukraine-Krise: USA beantragen Treffen des UN-Sicherheitsrats**

Die USA haben am Donnerstag ein Treffen des UN-Sicherheitsrates für Montag beantragt, um „Russlands Drohverhalten gegenüber der Ukraine“ zu besprechen. Das geht aus einer Erklärung der US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen, Linda Thomas-Greenfield, hervor.

Die Beratungen in New York sollen öffentlich abgehalten werden, nach derzeitigem Kenntnisstand um 16.00 Uhr MEZ.

„Während wir unser unermüdliches Streben nach Diplomatie fortsetzen, um die Spannungen angesichts dieser ernsthaften Bedrohung des europäischen und globalen Friedens und der Sicherheit zu deeskalieren, ist der UN-Sicherheitsrat ein entscheidender Ort für die Diplomatie“, hieß es in der Erklärung. Die Mitglieder des Sicherheitsrates müssen die Fakten genau untersuchen und überlegen, was für alle Parteien auf dem Spiel stünde, „sollte Russland weiter in die Ukraine einmarschieren“.

Dabei geht es um Bewegungen russischer Truppen auf eigenem Territorium, sowie um ein gemeinsames Manöver mit Belarus. Der Westen zeigt sich darüber äußerst besorgt. Wladimir Putins Sprecher, Dmitri Peskow, hatte bereits mehrmals erklärt, dass Russland keine Angriffspläne habe und seine eigenen Truppen auf eigenem Territorium nach seinem Belieben verlegen dürfe.

Indes hat die Ukraine, Schätzungen zufolge, rund 125.000 Soldaten, samt schwerer Kampftechnik, wie Panzer und Haubitzen, an der Trennlinie im Donbass konzentriert. Die nicht anerkannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk schließen eine Offensive der Kiewer

Armee nicht aus. Präsident Putin zufolge wird Russland in diesem Fall eingreifen müssen. Das militärische Vorgehen Kiews gegen den Donbass werde die ukrainische Staatlichkeit selbst in Frage stellen, hatte der russische Präsident zuvor gewarnt.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0c/10/4705406_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_a50da0dd6e35819b82611f246b90635.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 27. Januar 3:00 Uhr bis 28. Januar 3:00 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im GZKK eine Verletzung des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:
Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).
Der Beschuss der BFU erfolgte in Richtung **Kominternowo**.
Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.
Die Gesamtzahl der von den BFU eingesetzten Geschosse beträgt 3.

de.rt.com: Moskau warnt: NATO trainiert Angriff mit Atomwaffen auf Russland

Das russische Außenministerium erklärte, der Militärblock übe mit seinen Mitgliedern die Entfesselung des atomaren Höllenfeuers. Dabei würden auch NATO-Mitgliedsländer, die keine Atomwaffen besäßen, in deren Einsatz ausgebildet.

Der oberste Moskauer Waffenkontrolleur hat gewarnt, dass die NATO die Fähigkeit zu verheerenden Nuklearschlägen gegen Russland entwickelt – unter Einbeziehung von Mitgliedern der Allianz in die Übungen, die solche Waffen selbst nicht besitzen.

In einem Interview mit der Nachrichtenagentur TASS am Donnerstag erklärte Wladimir Jermakow, Direktor der Abteilung für Waffenkontrolle und Nichtproliferation im russischen Außenministerium, die USA seien dabei, ihre nuklearen Fähigkeiten in Europa zu modernisieren, und hätten Raketen auf das Gebiet mehrerer Mitgliedsstaaten verlegt.

"Nach Analyse von Experten befinden sich in fünf nicht-nuklearen NATO-Ländern etwa 200 US-B61-Atombomben", stellte Jermakow fest und betonte:

"Es gibt auch die Infrastruktur für den operationellen Einsatz dieser Waffen, die russischen Boden erreichen und eine breite Auswahl an Orten treffen können, strategische eingeschlossen."

Der Direktor betonte, dass es, auch wenn die Raketen unter Kontrolle der USA stünden, die nukleare Entwicklung eine gemeinsame Anstrengung sei. "Es gibt 'gemeinsame nukleare Einsätze' mit NATO-Ländern, in deren Verlauf nicht-nukleare Mitgliedsländer an Übungen

teilnehmen, um die US-amerikanischen nuklearen Fähigkeiten gegen uns zu entwickeln", sagte er.

Jermakow erklärte außerdem, dass der Rückzug der US-Nuklearwaffen eines der Hauptziele Moskaus in den laufenden Sicherheitsverhandlungen sei.

"Wir bestehen unnachgiebig darauf, dass die 'gemeinsamen nuklearen Einsätze' der NATO sofort beendet werden, alle US-Atomwaffen auf US-Gebiet zurückkehren müssen und die Infrastruktur, die ihren schnellen Einsatz möglich macht, zerstört werden muss", merkte er an und fügte hinzu, diese Vorschläge seien Teil der Sicherheitsforderungen, die Moskau im Dezember Washington übergeben habe.

Am Donnerstag bekundete der russische Außenminister Sergei Lawrow seine Enttäuschung über die US-Antwort auf die Vorschläge und sagte, die USA hätten sich geweigert, Zugeständnisse bezüglich der NATO-Erweiterung in Osteuropa zu machen. "Das Hauptthema ist unsere klare Position der Unannehmbarkeit einer weiteren Ausdehnung der NATO nach Osten und einer Verlagerung hochzerstörerischer Waffen, die das Gebiet der Russischen Föderation bedrohen könnten", erklärte der Diplomat.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61f2f628b480cc09e50eb06b.jpg>

snanews.de: **Baerbock: Deutschland fährt Botschaftspersonal in Kiew vorerst nicht zurück**

Inmitten der Spannungen um die Ukraine hat die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) bekräftigt, die Evakuierung der Botschaftsmitarbeiter in Kiew zunächst nicht in die Wege zu leiten. Ihr zufolge darf nicht der Eindruck der Instabilität im Land erweckt werden.

„Natürlich überprüfen wir kontinuierlich die Sicherheitslage an unterschiedlichen Orten dieser Welt – auch in der Ukraine“, sagte die Grünen-Politikerin den Zeitungen der Funke Mediengruppe und der französischen Zeitung „Ouest-France“ am Freitag.

Ebenso wie die EU-Partner habe Deutschland derzeit entschieden, das Botschaftspersonal in Kiew nicht zu reduzieren. Gerade jetzt sei es wichtig, die Ukraine nicht zu destabilisieren, erklärte Baerbock.

„Wenn wirtschaftliche Akteure das Gefühl haben, die Lage in der Ukraine sei insgesamt unsicher oder instabil, wird die Bereitschaft zu Investitionen sinken. Genau das würde Putin in die Karten spielen“, so die Außenministerin.

Deshalb sei ihre Botschaft in Kiew gewesen, dass man die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Ukraine ausbauen wolle – etwa „durch Energie-Partnerschaften im Bereich des grünen Wasserstoffs“. Sollten Familienangehörige von Botschaftsmitarbeitern freiwillig ausreisen wollen, könnten sie dies auf Kosten des Auswärtigen Amtes tun, so Baerbock.

USA reduzieren Botschaftspräsenz in Ukraine

Ende voriger Woche ist bekannt geworden, dass die USA, angesichts der angespannten Lage

wegen der Ukraine-Situation, ihre Botschaftspräsenz in Kiew verringern. Dabei hat es sich um „Vorsichtsmaßnahmen“ gehandelt, wie eine Beamtin des US-Außenministeriums zuvor erklärt hat.

Familienangehörige von Diplomatinen und Diplomaten wurden nun aufgefordert, die Ukraine zu verlassen. Die Ausreise des nicht vor Ort notwendigen Personals sei freiwillig. Ein hochrangiger Pentagon-Vertreter betonte aber, dass die US-Botschaft in Kiew weiter funktionieren werde, um die Ukraine vor dem Hintergrund der andauernden Krise zu unterstützen.

Einem Artikel der „New York Times“ zufolge erwägt US-Präsident Joe Biden nun die Entsendung von mehreren Tausend US-Soldaten zu Nato-Verbündeten im Baltikum und in Osteuropa. Am Dienstag haben die USA der Ukraine laut einem Bericht des TV-Senders Fox News weitere 300 Panzerabwehrraketen vom Typ „Javelin“ geliefert. ...



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/09/0d/3556480_0:0:3073:1728_1920x0_80_0_0_40afdefd56b852b2abfe74b79c09935c.jpg

snanews.de: **Russland fordert sofortigen US-Abzug aus Syrien**

Russland hat die USA und ihre Verbündeten aufgefordert, unverzüglich ihre Truppen aus Syrien abzuziehen. Die rechtswidrige Präsenz ausländischer Streitkräfte führt laut dem russischen UN-Botschafter, Dmitri Poljanski, zu einem Macht- und Rechtsvakuum und erschwert die Bekämpfung des Terrorismus in dem Krisenland.

„Wir fordern einen unverzüglichen Abzug aller ausländischen Streitkräfte aus Syrien, die sich dort rechtswidrig aufhalten“, unterstrich Poljanski in einer Sitzung des UN-Sicherheitsrats. Er warf den Vereinigten Staaten vor, im Kampf gegen den Terrorismus zu versagen. „Der IS-Angriff auf das Gefängnis in Hasaka hat uns das klar vor Augen geführt.“

Der Diplomat warnte die USA zudem davor, „mit den Terroristen in Syrien zu liebäugeln“. Die illegale Präsenz US-amerikanischer Truppen habe die Entstehung einer „gesetzeslosen Zone“ im Nordosten Syriens ermöglicht, in der „Terroristen und Verbrecher jeder Art ungestraft ihr Unwesen treiben“, betonte er. Dort herrschten „Willkür und Gewalt“, würden Terroristen „in gute und böse“ geteilt und die Bevölkerung „radikalisiert“.

In den Regionen, die unter Kontrolle der syrischen Regierung stehen, seien die Terroristen bereits bekämpft worden oder haben fliehen müssen, sagte Poljanski. Dagegen herrsche in den von den US-Amerikanern „okkupierten“ Gebieten Syriens ein „Rechtsvakuum“.

Russland selbst wolle die syrische Regierungsarmee weiter im Kampf gegen den Islamischen Staat unterstützen, versicherte Poljanski. „Die russische Luftwaffe unterstützt die syrischen Streitkräfte bei der Suche nach IS-Terroristen und ihrer Liquidierung weiter. Diese Arbeit wird fortgesetzt.“

Russische Kampfjets fliegen seit 2015 auf Bitten des syrischen Präsidenten, Baschar al-Assad, Angriffe in Syrien. Mit dem Einsatz unterstützt Moskau die syrischen Regierungstruppen im

Kampf gegen den IS, die al-Nusra-Front* und weitere Terrormilizen, die ab 2011 weite Teile des vorderasiatischen Landes unter ihre Kontrolle gebracht hatten. Die USA und ihre Verbündeten haben bereits 2014 militärisch – ohne Zustimmung der Regierung in Damaskus – in Syrien interveniert. In den vergangenen Jahren konnte die syrische Regierung die Kontrolle über das Land weitgehend zurückgewinnen.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/04/16/1823515_0:0:1000:563_1920x0_80_0_0_d934f0e035138b48ac7e1b2854ee8851.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 28. Januar um 9:00 Uhr 22.519 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt. 596 Personen sind derzeit erkrankt, 18.764 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gibt es 3159 Todesfälle.

de.rt.com: Proben für den Ernstfall: Ukrainisches Innenministerium plant Übungen für Zivilbevölkerung

Um für den Notfall gerüstet zu sein, plant die Ukraine Massenübungen für die Zivilbevölkerung. Sie werden in verschiedenen Regionen des Landes durchgeführt, heißt es auf der Webseite des Innenministeriums. Der Fokus soll auf dem Umgang mit explosiven Gegenständen liegen.

Besonderes Augenmerk werde auf die Sicherheit beim Umgang mit explosiven Gegenständen gelegt, sagte Innenminister Denis Monastyrski am Dienstag. Zudem sollen in den Siedlungen die Systeme der zivilen Sicherheit kontrolliert werden. Die an den Übungen beteiligten Ausbilder seien in Großbritannien, den USA, Kanada, Polen und anderen Ländern umfassend geschult worden, fügte er hinzu.

Die Übungen sollen den Meldungen zufolge in mehreren Regionen des Landes stattfinden. Der Staatliche Dienst für Notfälle der Ukraine habe bereits mit den entsprechenden Vorbereitungen begonnen, heißt es in einer Erklärung auf der Webseite der Behörde. Ein konkretes Datum wurde nicht jedoch genannt.

Die zivilen Übungen sind eine Reaktion auf die Verschärfung der Lage an der russisch-ukrainischen Grenze. Die USA und die NATO kritisieren einen Truppenaufmarsch mit rund 100.000 russischen Soldaten an der Grenze zur Ukraine. Der Westen befürchtet, dass Moskau einen Einmarsch in das Nachbarland planen könnte. Der Kreml bestreitet indes, einen Überfall auf die Ukraine zu planen. Er warf dem Westen eine antirussische "Informationskampagne" und "Hysterie" vor. Die wachsende Gefahr eines angeblichen Überfalls gehe vielmehr von ukrainischer Seite aus und betreffe die Regionen Lugansk und Donezk, sagte der Kremlsprecher Dmitri Peskow. Selbst ukrainische Regierungsvertreter haben unlängst zur Ruhe aufgerufen. Bis heute gäbe es keinen Grund, über einen groß

angelegten Angriff auf sein Land zu sprechen, sagte der Sekretär des nationalen Sicherheitsrates, Alexei Danilow.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61f2599348fbef574a2debbc.jpg>

Mzdnr.ru: Am 27. Januar wurden in der DVR 2534 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 667 positiv, bei 28 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.

In den letzten 24 Stunden wurden 55 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 4 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 29 ins Krankenhaus eingewiesen.

Insgesamt sind 620 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 340 mit Sauerstoffunterstützung (+10 in den letzten 24 Stunden).

Am 28. Januar um 9:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 124.182 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

4987 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 109.657 als gesund entlassen, es gibt 9538 Todesfälle.

snanews.de: **Oberste Wahlbehörde Venezuelas: Antrag auf Absetzungsreferendum gegen Maduro „unzulässig“**

Die oberste Wahlbehörde Venezuelas hat den von Teilen der Opposition eingereichten Antrag für die Durchführung eines Referendums zur Absetzung des Staatschefs Nicolás Maduro abgelehnt, da die dafür erforderliche Zahl von Unterschriften nicht erreicht worden ist. Laut dem Nationalen Wahlrat CNE wurden in keinem venezolanischen Bundesstaat die gesetzlich geforderten Unterschriften von 20 Prozent der Wähler gesammelt. Insgesamt seien der Wahlbehörde 42.421 Unterschriften übermittelt worden, was dem Wert von 1,01 Prozent der Wahlberechtigten entspreche, teilte der Rat in einer Twitter-Mitteilung am Donnerstag (Ortszeit) mit.

Der CNE habe angesichts dessen den Antrag auf ein Abberufungsreferendum gegen das Mandat des Präsidenten, gemäß Artikel 29 der Vorschriften für dieses Verfahren, für „unzulässig“ erklärt, hieß es in einer Mitteilung der Behörde.

Der venezolanische Präsident, Nicolás Maduro, hat diese Entscheidung gelobt: „Wir haben es geschafft, die Versuche zu vereiteln, eine Parallelregierung in Venezuela zu errichten. Die Behörden des Landes haben nun die Aufgabe, den Schaden, der dem Volk durch die Sanktionen, die Blockaden und die Aufrufe zu einer imperialistischen Intervention zugefügt wurde, mit Gerechtigkeit auszugleichen“, schrieb er auf Twitter.

Nach der Entscheidung der venezolanischen Wahlbehörde hatte die Sammlung von Unterschriften am Mittwoch stattgefunden. Die Befürworter der Abstimmung über die Abberufung des Präsidenten hatten 12 Stunden Zeit, um mindestens 4,2 Millionen

Unterschriften zu sammeln. Einige Oppositionelle protestierten mit der Begründung, dies sei innerhalb der gewährten Zeitperiode nicht machbar.

Nach der venezolanischen Verfassung können Amtsträger, die mindestens die Hälfte ihrer Amtszeit absolviert haben, durch ein Referendum abgewählt werden. Die Amtszeit von Maduro, der am 10. Januar 2019 sein Amt angetreten hat, läuft 2025 ab.

Der venezolanische Präsident hatte zuvor erklärt, er sei bereit, ein Referendum über seinen Rücktritt abzuhalten, wenn die Befürworter dieser Idee genügend Unterschriften sammeln könnten.

Am 21. Januar 2019 hatten in Venezuela Massenproteste gegen Nicolás Maduro begonnen, kurz nachdem er seine zweite Amtszeit als Präsident angetreten hatte. Der venezolanische Oppositionsführer, Juan Guaidó, erklärte sich danach zum Interimspräsidenten, wobei die USA und europäische Länder Guaidó als neuen Staatschef anerkannten.

Russland, China, die Türkei und mehrere andere Länder unterstützten Maduro als legitimen Präsidenten. Moskau bezeichnete den „Präsidentenstatus“ von Guaidó als nichtig.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/01/1c/5157061_0:0:2869:1614_1920x0_80_0_0_52b21f57de3334df5d9cfcf120f5a7a5.jpg

de.rt.com: **Helikopter, Panzer und Infanterie: Multinationale Militärübung "Allied Spirit" in Hohenfels**

Auf dem Truppenübungsplatz Hohenfels in der Oberpfalz nehmen in den kommenden Tagen 6.000 Soldaten an der Übung "Allied Spirit" teil. Die Bundeswehr verneint einen direkten Zusammenhang der Übung mit der aktuell eskalierenden Ukraine-Krise.

Mit rund 1.500 Soldaten beteiligt sich die Bundeswehr an der großangelegten Übung "Allied Spirit". Streitkräfte und Infanterie aus mehr als zehn Ländern bereiten sich mit der Hilfe von Helikoptern und Panzern auf den potenziellen Ernstfall vor. Eine leitende Rolle der auf dem Truppenübungsplatz in Hohenfels in der Oberpfalz stattfindenden Übung nimmt die 1. Panzerdivision der Bundeswehr ein, wie ein Sprecher der Einheit am Donnerstag der dpa bestätigte.

An "Allied Spirit" nehmen unter anderem auch Großbritannien, die USA, Italien, Lettland, Polen und die Niederlande teil.

Auf dem Gelände des US-amerikanisch geführten Truppenübungsplatzes Hohenfels werden Großverbände von NATO-Einheiten und multinationalen Bündnispartnern auf den Einsatz für weltweite Landoperationen vorbereitet. Der 163 Quadratkilometer lange Übungsplatz beinhaltet ein 319 Kilometer langes Straßennetz, nachgebaute Städte mit etwa 1.300 Gebäuden und ein Flugfeld, wo "das hochintensive Gefecht der verbundenen Waffen" trainiert werden kann.

Laut Aussagen der Bundeswehr habe die Übung "Allied Spirit" nicht mit dem derzeitigen

Ukraine-Konflikt zu tun. Vielmehr würde sie regelmäßig stattfinden und eine Planungsvorlaufzeit von etwa zwei Jahren benötigen. Die Übung solle noch bis Anfang Februar gehen und findet somit gleichzeitig mit dem Mittelmeermanöver "Neptune Strike" der NATO-Seestreitkräfte statt.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61f2d418b480cc4e315a40df.jpg>

de.rt.com: **In Russland verbotene Menschenrechtsorganisation Memorial für Friedensnobelpreis nominiert**

Die russische Menschenrechtsorganisation Memorial, die per Gerichtsurteil vom Dezember 2021 aufgelöst wurde, wurde nun für den Friedensnobelpreis nominiert. Der Vorschlag kam von einer Abgeordnetengruppe im estnischen Parlament.

Die russische Menschenrechtsorganisation Memorial wurde für den Friedensnobelpreis nominiert. Bei den Initiatoren handelt es sich um eine Abgeordnetengruppe im estnischen Parlament, die den russischen Oppositionellen Alexei Nawalny und weitere politische Gefangene in Russland unterstützt. Der Vorschlag wurde am 27. Januar auf der offiziellen Webseite der NGO unter Berufung auf eine Quelle im estnischen Parlament veröffentlicht. Am 28. Dezember 2021 beschloss der Oberste Gerichtshof Russlands, die vom Friedensnobelpreisträger Andrei Sacharow gegründete Menschenrechtsorganisation wegen Verstößen gegen das Gesetz über ausländische Agenten zu schließen. Die Generalstaatsanwaltschaft behauptet, Memorial hätte politische Aktivitäten mit dem Ziel ausgeübt, Regierungsentscheidungen und die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Die Organisation Memorial weist die Vorwürfe zurück und beklagt politische Verfolgung. Das Internationale Auschwitz Komitee kritisierte das Vorgehen der russischen Justiz. "Der Versuch russischer Behörden, die Zeit zurückzudrehen und die Idee und die Arbeit von Memorial zu zerstören wird nicht gelingen", sagte Vize-Präsident Christoph Heubner.

Memorial wurde Mitte Januar 2022 mit dem Theodor-Heuss-Preis als "Quelle der Demokratie" geehrt. "Die Auszeichnung von Memorial rückt die Menschenrechtssituation weltweit in den Mittelpunkt", teilte der frühere FDP-Bundesinnenminister Gerhart Baum mit. Die Aktivisten hätten sich international hohes Ansehen erworben. "Diese mutigen Frauen und Männer müssen wissen, dass wir an ihrer Seite stehen". Ihre Aufgaben müssten fortgesetzt und unterstützt werden.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61f39a8948fbef535d1b8332.jpg>

Armiyadnr.su: **Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR Oberst E. Basurin am 28. Januar 2022**

Die Eskalation von Seiten des Kiewer Regimes im Donbass geht weiter. Die Volksmiliz der Donezker Volksrepublik erhält ständig Informationen über von der ukrainischen Führung durchgeführte Maßnahmen, die man mit Überzeugung als **Vorbereitung auf eine gewaltsame Variante der Lösung des Konflikts im Donbass** bewerten kann.

Nach Angaben unserer geheimdienstlichen Aufklärung wird im ukrainischen Generalstab unter Leitung amerikanischer Berater beim Verteidigungsministerium der Ukraine die Erarbeitung eines Plans für eine Angriffsoperation im Donbass ausgearbeitet. Der Zeitpunkt für den Beginn der Aggression gegen die Volksrepubliken wird abschließend nach dem Abschluss des Aufbaus der Angriffsgruppierungen und der Billigung des Operationsplans durch den Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrat der Ukraine festgelegt werden. Die Verstärkung der Truppengruppierung der ukrainischen Armee in der Zone der sogenannten Operation der vereinigten Kräfte geht weiter. Das Kommando der ukrainischen Streitkräfte plant, in der nächsten Zeit weitere drei Brigaden in die Konfliktzone im Osten des Landes zu verlegen – die 72. mechanisierte, die 10. Gebirgsturms- und die 80. Luftsturmgrade, die derzeit als die am meisten gefechtsfähigen in der ukrainischen Armee und als in der Lage, Angriffshandlungen durchzuführen, angesehen werden.

In Bestätigung von deren Umgruppierung verfügen wir über Information darüber, dass die Führung der „Ukrainischen Eisenbahn“ vom Verteidigungsministerium der Ukraine eine Anweisung erhalten hat, im Zeitraum vom 3. bis 10. Februar an den Verladungsstationen Belaja Zerkow, Kolomyja und Lwow Züge mit Ladeplattformen und Waggons zur Verfügung zu stellen, um Waffen, Militärtechnik und Personal der 72., 10. und 80. Brigade zu befördern. Zuvor wurden diese Brigaden zum Abschluss einer militärischen Ausbildung zu 100 Prozent mit Personal, Waffen, Militärtechnik und Munition ausgestattet.

Es muss angemerkt werden, dass die Einheiten der 80. Luftsturmgrade eine Ausbildung auf Basis des Ausbildungszentrums in Staritschi in der Oblast Lwow durchlaufen haben, das verdeckt unter der Anschein eines sogenannten Internationalen Zentrums für Friedensschaffung und Sicherheit operiert.

Die Ausbildung dieser Brigade erfolgte durch Instrukteure aus Großbritannien aus der Ausbildungs- und Trainingsmission „Orbital“. Die ukrainischen Luftlandesoldaten erlernten Handlungen in stark urbanisierten Örtlichkeiten, unter Bedingungen städtischer Bebauung. Wie Sie verstehen, hat diese Ausbildung mit Friedensschaffungsaktivitäten nichts zu tun. Es ist nicht ausgeschlossen, dass geplant ist, die ausgebildeten Luftlandesoldaten im Rahmen von Sturmgruppen zur Säuberung großer Städte in Richtung Gorlowka oder Donezk

einzusetzen.

In der Zone der sogenannten Operation der Vereinigten Kräfte auf Übungsplätzen in den Gebieten von Grigorowka und Nikolajewka geht eine intensive Ausbildung der 26. Artilleriebrigade des Gegners zu Kampfeinsätzen weiter. Mit Haubitzenabteilungen werden Übungen zur Angriffsthematik durchgeführt. Dabei wird die hauptsächliche Aufmerksamkeit der Bearbeitung solcher Elemente wie Einnahme und Wechsel von Feuerpositionen und Artillerieunterstützung von Angriffskräften gewidmet.

Außerdem verfolgt unsere geheimdienstliche Aufklärung weiter die **Tätigkeit ukrainischer nationalistischer Organisationen bei der Werbung ukrainischer Bürger für Strafabteilungen der Kämpfer** und deren Ausbildung zur Beteiligung an der Aggression gegen die Einwohner des Donbass.

So hat die Organisation der ukrainischen radikalen Organisation „Nationales Korps“ in Sumy mit der Durchführung von militärischen Übungen mit Söldnern und Leitung von Nationalisten, die Erfahrung bei der Beteiligung an Kampfhandlungen in der Strafoperation Kiews im Donbass im Sommer 2014 haben, begonnen. Es gibt Informationen, dass an der Ausbildung der Kämpfer auch Instrukteure aus den amerikanischen privaten Militärkompanien „Forward Observation Group“ und „Akademia“ beteiligt sind. Um die Kämpfer der nationalistischen Bataillons mit individuellen Panzerschutzmitteln, taktischer Ausrüstung und Medikamente zu versorgen, haben die Nationalisten die Zusammenarbeit mit Freiwilligenorganisationen organisiert.

Wie Sie sehen, bestätigen alle angeführten Informationen ein weiteres Mal, dass die ukrainische Armee aktiv die Vorbereitung auf militärischen Angriffshandlungen im Donbass führt.

Die Volksmiliz der Donezker Volksrepublik verfolgt weiter die Situation, über neue Sachverhalten werden wir Sie operativ informieren.

de.rt.com: **Russisches Außenministerium: Gedanke an Krieg mit Ukraine ist inakzeptabel**

Ein Sprecher des russischen Außenministeriums hat Pläne für einen Angriff auf das Nachbarland ausgeschlossen. Nach seinen Worten ist selbst der Gedanke an einen Krieg mit der Ukraine inakzeptabel. Kiews ausländische Unterstützer hielten jedoch weiterhin an dem von ihnen erdachten Szenario fest.

Russland lässt nicht einmal den Gedanken an einen Krieg mit der Ukraine zu. Dies erklärte der stellvertretende Direktor der Informations- und Presseabteilung des russischen Außenministeriums, Alexei Saizew.

Er bezog sich damit auf Äußerungen des Sekretärs des ukrainischen Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates, Alexei Danilow. Dieser hatte erklärt, Kiew sehe keinen Grund für einen Einmarsch Russlands in die Ukraine, von dem der Westen spricht. Der ukrainische Verteidigungsminister Alexei Resnikow habe ihm zugestimmt, wie der russische Diplomat betonte. Saizew sagte:

"Wir haben unsererseits bereits wiederholt erklärt, dass unser Land nicht die Absicht hat, jemanden anzugreifen. Wir sind der Meinung, dass selbst der Gedanke an einen Krieg zwischen unseren Völkern inakzeptabel ist."

Allerdings, so Saizew weiter, hätten Kiews Auslandskuratoren eine andere Meinung zu diesem Thema. Er erklärte:

"Sie (die USA) scheinen fest entschlossen zu sein, an dem von ihnen erdachten Szenario festzuhalten, wonach Russland die Ukraine angreift und damit die gesamte westliche Welt gegen sich aufbringt. Sie versuchen, alles zu tun, um dieses Szenario Wirklichkeit werden zu lassen."

Wenn etwas nicht nach Plan laufe, beginne der Westen, die Situation zu eskalieren. Als Beispiele nannte Saizew den Befehl zur Evakuierung des Botschaftspersonals aus Kiew und

die Aufstockung des Militärbedarfs. Er fügte hinzu:

"Sie schreien noch lauter nach der mythischen russischen Bedrohung und nennen sogar einen geplanten Zeitpunkt für einen russischen Angriff auf die Ukraine: irgendwann zwischen jetzt und Mitte Februar."

Jeder, der es wage, einen eigenen Standpunkt zu vertreten, werde unweigerlich für seine Karriere und möglicherweise für seine Sicherheit bezahlen. Saizew erinnerte in diesem Zusammenhang an den Rücktritt des deutschen Vizeadmirals Kay-Achim Schönbach. Der hatte gesagt, Kiew habe die Krim verloren, und bezeichnete Aussagen über russische Angriffspläne gegen die Ukraine als Unsinn. Darüber hinaus erklärte Saizew:

"Der kroatische Präsident, der der Meinung ist, dass die Ukraine nicht in die NATO gehört, wurde in die Datenbank der extremistischen ukrainischen Webseite Mirotworez aufgenommen, ebenso wie der bereits erwähnte deutsche Vizeadmiral."

Der Westen hat wiederholt behauptet, Russland bereite eine Invasion in die Ukraine vor. Das Weiße Haus nannte vor allem Mitte Januar bis Mitte Februar als mögliche Zeitspanne für einen Angriff. Auch die US-Unterstaatssekretärin Wendy Sherman erklärte, Russland plane bis Mitte Februar einen Angriff auf die Ukraine. Washington behauptete zudem, Moskau bereite eine militärische Provokation unter fremder Flagge vor und suche einen Vorwand für einen Einmarsch in das Nachbarland.

Der Kreml dementierte diese Worte. Der russische Außenminister erklärte seinerseits, dass der Westen eine echte Provokation anstrebe. Damit solle erreicht werden, dass die Regierung in Kiew eine gewaltsame Operation im Donbass durchführt oder die Minsker Vereinbarungen auf andere Weise endgültig begräbt.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61f30bbdb480cc1e0321c32d.jpg>

snews.de: **Lawrow bekräftigt Moskaus Interesse an Frieden – warnt jedoch vor Ignorierung russischer Interessen**

Bei den aktuellen Sicherheitsgesprächen mit dem Westen geht es Russland laut Außenminister Sergej Lawrow unter anderem darum, zu erreichen, dass auf seine Interessen geachtet wird. Einen Krieg strebe Moskau nicht an, versicherte Lawrow in einem Interview.

„Wir wollen keinen Krieg, lassen aber unsere Interessen nicht ignorieren, nicht mit Füßen treten“, sagte der Minister im Gespräch mit Radio Sputnik und anderen Sendern. Auf die Frage, ob es zu einem Krieg kommen würde, antwortete Lawrow:

„Wenn es von der Russischen Föderation abhängt, wird es keinen Krieg geben.“

Die Sicherheitsforderungen, die Russland Ende Dezember an die USA und die Nato erhoben hat, seien kein Ultimatum, sagte Lawrow weiter. Moskau wolle jedoch nicht dulden, dass die westlichen Staaten sich ihren im Rahmen der OSZE übernommenen Sicherheitsverpflichtungen entzögen.

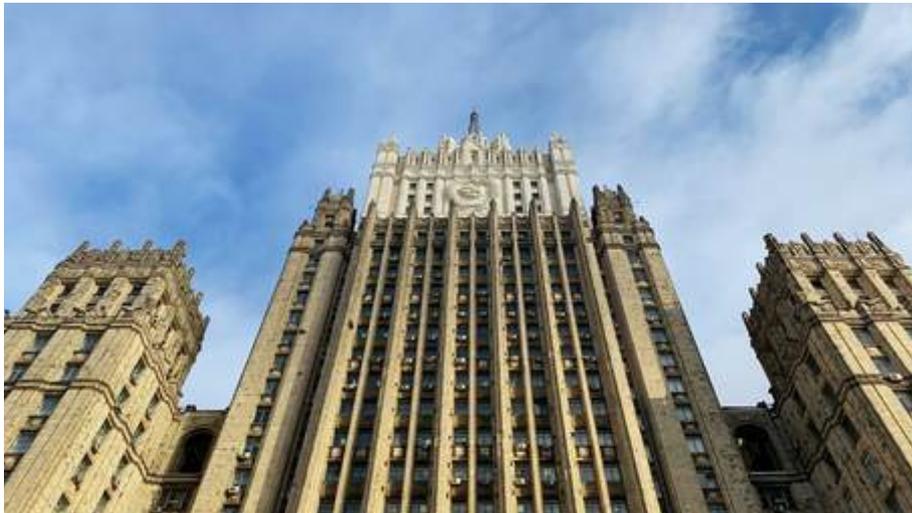
Es gehe vor allem um die Verpflichtung, die Sicherheit eines Staates nicht auf Kosten anderer

zu gewährleisten, stellte Lawrow klar. „Wenn die Amerikaner sagen, man hat das heilige Recht, sich ihre Bündnisse frei auszuwählen, antworten wir: Das gilt nur unter der Bedingung, dass dadurch die Sicherheit keines anderen Staates zu Schaden kommt“.

Zu den von den USA angedrohten neuen Sanktionen gegen Russland sagte Lawrow: Wenn diese Strafmaßnahmen wirklich verhängt würden, „wäre das einem Abbruch der Beziehungen gleich“. Er erinnerte daran, dass unter anderem ein Ausschluss Russlands von westlichen Finanzsystemen erwogen werde.

Westliche Staaten werfen Russland seit Wochen vor, Streitkräfte an der ukrainischen Grenze zusammengezogen zu haben, was sie als ein Anzeichen für eine bevorstehende Intervention deuten. Moskau bestreitet die angeblichen Einmarschpläne und sieht sich durch das Heranrücken der Nato an seine Grenzen bedroht.

Deshalb forderte Moskau von den USA und der Allianz verbindliche Sicherheitsgarantien. Unter anderem geht es darum, dass die Nato weder die Ukraine noch andere postsowjetische Staaten in das Militärbündnis eingliedern soll. Außerdem sind gegenseitige Sicherheitsgarantien wie die Nichtstationierung von Kurz- und Mittelstreckenraketen in Reichweite zueinander vorgesehen. In dieser Woche haben die USA und die Nato Russland ihre schriftlichen Antworten übergeben. Anders als die russischen Forderungen wurden die Antworten des Westens nicht veröffentlicht.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/04/10/1741786_0:44:2730:1580_1920x0_80_0_0_233998e07209c66db1e40d1674c1e381.jpg

Armiyadnr.su: **Bericht des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR**
In den letzten 24 Stunden wurde **eine Verletzung des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In Richtung Mariupol haben Kämpfer der 36. Brigade von den Positionen in Talakowka aus **Kominternowo** mit automatischen Granatwerfern beschossen.

Es wurde entdeckt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen vier Stück **Waffen und Militärtechnik der BFU in drei Ortschaften** auf dem von Kiew kontrollierten Ortschaften stationiert sind.

Aus dem Bestand der 95. Luftsturmbrigade:

ein Schützenpanzerwagen in einem Wohngebiet in Nowobachmutowka.

Aus dem Bestand der 53. mechanisierten Brigade:

ein Panzertransporter mit einem Abwehrgeschütz SU-23 und ein Panzertransporter in der der Nähe von Wohnhäusern in Nowoselowka Wtoraja.

Aus dem Bestand der 36. Marineinfanteriebrigade:

ein Schützenpanzerwagen in der Nähe von Wohnhäusern in Tschernenko.

Alle Sachverhalte werden vom Bericht der OSZE-Mission Nr. 19 vom 27.01.2022 bestätigt.

de.rt.com: **Lawrow zum Druck auf RT DE: Werde Baerbock erneut darauf ansprechen**

In einem Interview mit vier russischen Radiosendern sagte Russlands Außenminister Lawrow, er wisse Bescheid über den Druck auf den Sender RT DE und wolle dieses Thema heute mit Bundesaußenministerin Baerbock noch einmal besprechen. Er warnte, eine fortgesetzte Behinderung von RT werde Folgen haben.

Margarita Simonjan, die neben RT auch den Radiosender Sputnik leitet, führte ein Gespräch mit Sergei Lawrow. Auf ihre Bitte hin, den Fall rund um RT DE noch einmal zu prüfen, sagte der Außenminister zu, er werde das Thema in einem Telefongespräch am Freitag mit der Bundesaußenministerin Annalena Baerbock erneut zur Sprache zu bringen. Auch die russische Botschaft in Berlin hätte zu diesem Fall bereits eine Erklärung verlangt.

Dem russischen Chefdiplomaten zufolge versuchten die deutschen Behörden, interne Bestimmungen zum angeblichen Prinzip einer Staatsferne in Bezug auf RT DE über jene der internationalen Verpflichtungen aus dem Europäischen Übereinkommen zum grenzüberschreitenden Fernsehen zu stellen. Gleichzeitig warnte Lawrow, dass Russland reagieren werde, falls sich die Lage rund um den Sender nicht zum Besseren ändert. Konkrete Schritte nannte er nicht.

Seine neue deutsche Amtskollegin Annalena Baerbock hatte bei ihrem Moskau-Besuch im Januar Beschwerden der russischen Seite zurückgewiesen, nach denen Mitarbeiter des Kanals in Deutschland fortgesetzt bei ihrer Arbeit behindert würden. "Dass es da staatliche Einmischung gibt, das ist nicht der Fall", sagte sie – auch im Hinblick auf eine Entscheidung der Video-Plattform YouTube, RT DE vollständig und dauerhaft zu sperren.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61f3b3b8b480cc5f5172600e.jpg>

nachmittags:

de.rt.com: **Medien: EU und Großbritannien planen Sanktionen gegen russischen Gassektor**

Der "Financial Times" zufolge bereiten die EU und Großbritannien Sanktionen gegen Russland vor. Diese würden sich auf neue russische Projekte im Gassektor auswirken. Der Zeitung zufolge könnten dadurch auch westliche Unternehmen, die in Projekte in Russland investieren, geschädigt werden.

Die Europäische Union und das Vereinigte Königreich arbeiten mit Unterstützung der USA an einem Paket von Sanktionen gegen neue russische Gasprojekte, die im Falle einer Invasion in der Ukraine aktiviert werden könnten. Dies berichtete die Zeitung Financial Times unter Berufung auf Quellen.

Demnach zielten die Maßnahmen darauf ab, die Finanzierung und das Technologieangebot für

neue russische Gasprojekte stark einzuschränken. Den Gesprächspartnern der Zeitung zufolge werde dieses Maßnahmenpaket Teil umfassenderer Wirtschaftssanktionen sein. Deren Strenge würde je nach Ausmaß der wahrgenommenen russischen Offensive angepasst. Wie Financial Times berichtete, sei dies das erste Mal, dass Europa die Möglichkeit eines "Streiks" gegen den Gassektor zulasse. Zumal 40 Prozent des Treibstoffs aktuell aus Russland kommen.

Derartige Sanktionen könnten laut der Zeitung jedoch auch westlichen Unternehmen wie BP, Total und Shell schaden. Denn sie investieren in russische Gasprojekte. Die Financial Times erinnerte daran, dass beispielsweise die französische Total einer der größten Investoren für die Erschließung von Feldern in Jamal sei, während Shell im vergangenen Jahr ein Fünfjahresabkommen mit Gazprom unterzeichnet habe.

Die USA und die EU hatten sich zuvor bereit erklärt, im Falle einer Eskalation in der Ukraine Sanktionen gegen die Nord Stream 2-Pipeline zu verhängen. US-Unterstaatssekretärin Victoria Nuland sagte diesbezüglich:

"Ich möchte mich heute klar und deutlich ausdrücken: Wenn Russland in die Ukraine einmarschiert, wird Nord Stream 2 so oder so nicht vorankommen."

Gazprom teilte am Donnerstag mit, dass bereits mehr als drei Viertel des europäischen Sommergases aus den unterirdischen Speichern entnommen worden seien. Insgesamt seien die europäischen Speicher zu 40,9 Prozent ausgelastet, die deutschen und französischen Speicher jeweils zu 39 Prozent, teilte das russische Unternehmen mit.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61f3ba97b480cc5e416b49d3.jpg>

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie bereits mitgeteilt wurde, haben die BFU das Feuer auf **Jasnoje** mit großkalibrigen Maschinengewehren eröffnet. Infolge des Beschusses wurden folgende Schäden festgestellt:

- Uliza Schtschorse 33, Wohnung 6 – Fensterverglasung beschädigt;
- Uliza Schtschorse 33, Wohnung 17 – Fensterverglasung und Gaszähler beschädigt.

Nach vorläufigen Informationen wurde niemand verletzt. Genauere Informationen werden ermittelt.

de.rt.com: **Medien: Polen bereit zu Abkommen mit Russland**

Warschau sei angeblich bereit, russischen Inspektoren Zutritt zu US-amerikanischen Standorten in Polen zu gewähren, berichteten Medien am Mittwoch. Dafür müsse Moskau als Gegenleistung aber NATO-Inspektoren Zugang zu seiner Raketenabwehr in Kaliningrad geben.

Da Moskau eine Einigung mit der NATO über Sicherheitsgarantien in Europa anstrebt, hat sich Polen laut Medienberichten bereit erklärt, russische Inspektoren in sein Land zu lassen, um US-Luftverteidigungsanlagen überprüfen zu lassen.

Nach Angaben des Wall Street Journal, das sich auf ungenannte polnische Beamte beruft, wäre Warschau angeblich bereit, eine Vereinbarung mit Moskau zu treffen. Im Gegenzug will Polen, dass seine Inspektoren Raketenstandorte in Kaliningrad überprüfen dürfen.

Die Idee, russischen Inspektoren Zutritt zu US-amerikanischen Standorten in Polen zu gewähren, wurde nach Angaben von US-Beamten ursprünglich von Moskau vorgeschlagen. Der Kreml hat sich wiederholt gegen die Stationierung von fremdbestimmten Raketen auf europäischem Territorium ausgesprochen. Er hat angedeutet, dass Luftverteidigungsanlagen zum Abschuss von Raketen auf russischem Territorium genutzt werden könnten. In dem Bericht des Wall Street Journal hieß es:

"Polnische Beamte sagten, die Regierung sei offen für Inspektionen der Raketenabwehr unter der Bedingung, dass Russland die Inspektion russischer Raketensysteme in Kaliningrad, einer stark militarisierten russischen Exklave an der Ostsee, die an Polen und Litauen grenzt, erlaubt."

Ende letzten Jahres veröffentlichte Russland Entwürfe von Vertragsvorschlägen, die es der NATO und den USA übermittelt hatte. Die Dokumente enthalten eine lange Liste von Sicherheitsgarantien, die der Kreml forderte. Dazu gehörte auch die Forderung, dass die USA ihre Raketen und Truppen von der russischen Grenze abziehen. Am Mittwoch übergab der US-Botschafter in Moskau John Sullivan dem russischen Außenministerium eine Antwort Washingtons. US-Außenminister Antony Blinken verkündete:

"Wir veröffentlichen das Dokument nicht, weil wir der Meinung sind, dass die Diplomatie die besten Aussichten auf Erfolg hat, wenn wir Raum für vertrauliche Gespräche schaffen. Wir hoffen und erwarten, dass Russland die gleiche Ansicht vertritt und unsere Vorschläge ernst nimmt."

"Ich habe keinen Zweifel daran, dass dieses Dokument sehr positive Dinge enthält, die weiterverfolgt werden sollten, wenn Russland ernsthaft und im Geiste der Gegenseitigkeit an die Sache herangeht, mit der Entschlossenheit, die kollektive Sicherheit für uns alle zu verbessern."



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61f3d8d0b480cc2b4b06509e.jpg>

mil-lnr.su: Pressekonferenz offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberleutnant I.M. Filipinenko über die Situation an der Kontaktlinie vom 22. bis 28. Januar 2022

Heute berichte ich über die Lage an der Kontaktlinie und ziehe die Bilanz der letzten Woche. Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK **wurde in den letzten 24 Stunden ein Feuerangriff** von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

Von den Positionen der 30. Brigade im Gebiet von Troizkoje aus eröffneten Kämpfer in Ausführung eines verbrecherischen Befehls des Brigadekommandeurs Sinewitsch das Feuer mit Antipanzergranatwerfern und großkalibrigen Maschinengewehren in Richtung **Wesjologorowka.**

Mit Trauer teilen wir mit, dass infolge der Aggression der ukrainischen Kämpfer **einer**

unserer Soldaten in Ausübung seiner Pflicht zum Schutz der Republik starb. Wir sprechen den Verwandten und Freunde des Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus. Gleichzeitig beeilte sich das Kommando der OOS im Versuch sich zu rechtfertigen, die Volksmiliz der LVR des erfolglosen Versuchs eines Ausfalls einer Diversions- und Erkundungsgruppe zu beschuldigen. Wir erklären offiziell, dass dies eine absolute Lüge ist, die auf die Schaffung von Vorwänden zur Eskalation des Konflikts gerichtet ist. Die reale Situation ist so: Der Gegner hat provokativen Beschuss auf unsere Positionen durchgeführt, hat eine angemessene Antwort erhalten, erlitt Verluste und stellt jetzt Geschichten über eine mythische Diversions- und Erkundungsgruppe zusammen. ...

Unsere Aufklärung hat in der letzten Woche 19 Stück **Waffen und Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte** bemerkt, die in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen **in acht von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Ortschaften** stationiert sind. ...

In drei Gebieten wurden Fälle festgestellt, dass **Drohnen der OSZE-Mission durch Mittel der elektronischen Kriegsführung der ukrainischen Streitkräfte blockiert** wurden. ...

Außerdem wurden nach Angaben unserer Aufklärung das Kommando und die Einheiten der funktechnischen **Truppen der Luftstreitkräfte** der ukrainischen Streitkräfte, die auf dem Gebiet der Lugansker Oblast stationiert sind, **in ein verstärktes Dienstregime versetzt**.

Ernsthafte Besorgnis ruft die **Aktivierung der Mobilisierungsreserven ukrainischer nationalistischen Formationen** hervor.

Seit dem 20. Januar hat die Führung des „Rechten Sektors“ mit ein Überprüfung der tatsächlichen Anwesenheit der Mitglieder der Bewegung an ihrem Wohnort und mit Kontrollanrufen über Telefon begonnen.

Die Führung der nationalistischen Organisation „Freikorps“ betreibt mit Unterstützung des SBU die Vorbereitung stationärer Mobilisierungspunkte, um Freiwilligeneinheiten zu bilden, die an den Kmapfhandlungen teilnehmen werden. Dabei planen die Kuratoren aus dem SBU die Bewaffnung der genannten Banden aus Kosten vorhandener illegaler Waffen und Munition, die in den letzten Jahren auf dem gesamten Territorium der Ukraine konfisziert wurden, durchzuführen....

snews.de: **Rumänien will sich nicht in Konflikt zwischen Russland und der Ukraine einmischen**

Im Falle eines Konflikts zwischen Russland und der Ukraine wird Rumänien keine Truppen zur Hilfe entsenden. Allerdings zeigt sich das Land bereit, Kiew auf diplomatischer Ebene zu unterstützen. Dies erklärte der rumänische Außenminister Bogdan Aurescu in einem Interview mit dem Sender „Digi 24“.

„Ein militärisches Eingreifen der Nato im Falle eines Konflikts zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine kommt nicht in Frage, dasselbe gilt auch für Rumänien. So eine Perspektive gibt es nicht“, erklärte der Außenminister.

Stattdessen sei Bukarest bereit, europäische Sanktionen gegen Russland zu unterstützen, die sowohl gegen bestimmte Personen als auch gegen bestimmte Wirtschaftssektoren wie Energie oder Finanzen gerichtet werden könnten.

Die Ukraine und mehrere westliche Länder hatten seit Wochen ihre Besorgnis über angebliche verstärkte „aggressive Handlungen“ Russlands an den ukrainischen Grenzen zum Ausdruck gebracht. Vor diesem Hintergrund kündigte die Nato am Montag an, ihre Militärpräsenz in Osteuropa zu verstärken. Dänemark habe eine Fregatte in die Ostsee entsandt und werde vier F-16-Kampffjets nach Litauen schicken, hieß es. Spanien entsende Schiffe, Frankreich habe seine Bereitschaft erklärt, Truppen nach Rumänien zu verlegen. Die Niederlande erklärten sich bereit, im April zwei F-35-Kampffjets nach Bulgarien zu schicken sowie Einheiten ihrer Landtruppen und ein Schiff der Nato Response Force zur Verfügung zu stellen. Auch die USA ziehen nach eigenen Angaben den Ausbau ihrer Militärpräsenz auf der Nato-Ostflanke in

Betracht.

Russland wies die Vorwürfe des Westens und der Ukraine wiederholt zurück und betonte, dass sie dazu benutzt würden, um Truppen und Waffen aus Nato-Ländern in der Nähe russischer Grenzen zu stationieren. Der Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, erklärte mehrmals, dass Russland seine Truppen auf dem eigenen Territorium nach Belieben verlegen dürfe.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/01/1c/5163219_0:0:3071:1728_1920x0_80_0_0_be155e84603855d36de4d1f96649ac14.jpg

de.rt.com: **Sergei Lawrow im Interview: "Russland will keinen Krieg"**

Der russische Außenminister Lawrow hat am Freitag erklärt, Russland wolle keine bewaffneten Konflikte. Moskau werde es aber nicht zulassen, dass seine eigenen Interessen außer Acht gelassen werden. Der Chefdiplomat warnte vor Maßnahmen, falls eine Einigung mit dem Westen nicht erzielt werden kann.

Der russische Außenminister Sergei Lawrow hat am Freitag vier Radiosendern – Sputnik, Goworit Moskwa, Komsomolskaja Prawda und Echo Moskwy – ein Interview gegeben. Während des Gesprächs beantwortete er Fragen zur internationalen Agenda, zu den Beziehungen mit der Ukraine sowie zu den Verhandlungen Russlands mit den USA und der NATO. Zu den von Moskau geforderten gegenseitigen Sicherheitsgarantien sagte Sergei Lawrow, Russland wolle keinen Krieg. Es werde anderen Ländern aber nicht erlauben, seine Rechte zu verletzen:

"Wenn es von Russland abhängt, dann wird es keinen Krieg geben. Wir wollen keine Kriege. Aber wir lassen auch nicht zu, dass auf unseren Interessen grob herumgetrampelt wird, dass unsere Interessen ignoriert werden."

Seinen Ausführungen zufolge benutzen die USA den ukrainischen Präsidenten Selenskij, um die Lage zu eskalieren. Das Hauptziel Washingtons dabei sei aber nicht das Schicksal der ehemaligen Sowjetrepublik, sondern der Aufbau von Spannungen rund um Russland.

Lawrow fügte hinzu, er betrachte die Verhandlungen mit den USA und der NATO über die geforderten Sicherheitsgarantien als noch nicht abgeschlossen. "Wie Sie wissen, haben die US-Amerikaner und die NATO-Mitglieder unsere äußerst einfachen Vorschläge, die im Vertragsentwurf mit Washington und im Abkommen mit der NATO unterbreitet wurden, mehr als einen Monat lang studiert, und erst vorgestern haben wir Antworten darauf erhalten", erklärte Lawrow.

Der Minister verglich die beiden Dokumente und resümierte dazu, das Schreiben der NATO sei stark von Ideologie geprägt: "Die Antwort der NATO ist so ideologisch, sie zeugt so sehr von der Exklusivität der NATO, ihrer besonderen Mission, ihrem besonderen Zweck, dass ich mich für jene Leute, die diese Texte verfasst haben, ein bisschen geschämt habe." Im Vergleich dazu sei das offizielle Dokument der USA "fast ein Musterbeispiel diplomatischen Anstands", so Lawrow.

Das US-Schreiben enthalte seiner Meinung nach ähnliche Ideen wie die zuvor noch öffentlich ignorierte russische Initiative zur Deeskalation und zu vertrauensbildenden Maßnahmen. "All das wurde in den letzten zwei oder drei Jahren abgelehnt. Jetzt schlagen sie vor, all dies zu diskutieren. Das heißt, der konstruktive Inhalt dieser Vorschläge ist tatsächlich von jüngsten russischen Initiativen entlehnt. Das ist wenigstens etwas. Doch das Wichtigste für uns ist, sich mit den konzeptionellen Grundlagen auseinanderzusetzen, auf denen die europäische Sicherheit aufgebaut ist", resümierte der Minister. Sollte es nicht gelingen, sich mit dem Westen zu einigen, werde man Maßnahmen auf russischer Seite als Antwort ergreifen. Der Politiker erinnerte an die Worte Präsident Putins, dass die Reaktion "sehr unterschiedlich" ausfallen könne.

Die Drohungen der US-Regierung, wonach sie den russischen Botschafter Anatoli Antonow aus Washington, D.C. ausweisen könnten, bezeichnete der russische Chefdiplomat als Pöbelei. Das US-Außenministerium hatte zuvor mitgeteilt, dass Antonow gezwungen werden könne, die USA zu verlassen, falls Moskau dem Sicherheitspersonal des US-Botschafters John Sullivan keine Visa ausstellt.

Auf die Frage zu weiteren US-Sanktionen gegen Russland, einschließlich persönlicher Sanktionen gegen die russische Führungsspitze, sagte der Minister, dass ein neuerliches Sanktionspaket der USA einem Abbruch der Beziehungen gleichkäme. Dies verstehe man durchaus auch in Washington. Als Roman Babajan, der Chefredakteur des Radiosenders Goworit Moskwa, zaghaft warnte, dass die US-Sanktionen doch "sogar" Lawrow betreffen könnten, scherzte der Diplomat:

"Was heißt 'sogar'? Bin ich es denn nicht wert?"

In diesem Zusammenhang erinnerte Lawrow daran, dass die Verschlechterung der Beziehungen der diplomatischen Vertretungen vor einigen Jahren auf Initiative der USA begonnen hatte. "Dies ist eine weitere Spirale der Krise, die von Barack Obama ausgelöst wurde, der damit seine wahre Natur zeigte. Drei Wochen bevor er das Weiße Haus verließ, hatte er beschlossen, Trump zu ärgern, die Tür zuzuschlagen und uns fünf Objekte des diplomatischen Eigentums wegzunehmen. Er hat Dutzende von Diplomaten ausgewiesen, die mit ihren Familien gezwungen waren, ihre Sachen in drei Tagen zu packen. Damit fing alles an", erklärte der Minister. Die beiden Seiten versuchten jetzt aber, die Lage zu entspannen. Seinen Äußerungen zufolge sei für die nächsten Wochen ein weiteres Treffen geplant. Als der Außenminister gebeten wurde zu kommentieren, mit welchen US-Kollegen sich denn die Zusammenarbeit eigentlich angenehmer gestaltet, wehrte Lawrow ab, er wolle und werde "keine persönlichen Einschätzungen vornehmen".

In Bezug auf den Druck gegen RT DE in Deutschland versprach der Minister, die Situation in einem Telefongespräch mit der Bundesaußenministerin Annalena Baerbock noch einmal besprechen zu wollen. Moskau werde jedoch reagieren, falls sich die Lage rund um diesen Sender nicht zum Besseren ändern wird. Konkrete Schritte dazu nannte er aber nicht. Zum Fall Nawalny habe der Westen noch immer nicht auf Russlands diverse Anfragen reagiert: "Wir haben immer noch keine Antwort darauf erhalten, wer Alexei Nawalny mit dem Flugzeug abgeholt hat, warum das Flugzeug, in dem er aus Omsk abgeholt wurde, am Vortag seines Unwohlseins gebucht wurde. Warum gibt es keine Antworten zu konkreten Fragen, die im Bundestag gestellt wurden?" Nach seinen Angaben habe sich Deutschland zunächst geweigert, alle Antworten offenzulegen, da es sich angeblich um Geheiminformationen gehandelt habe. Dann hieß es aber plötzlich, Nawalny selbst hätte dem angeblich nicht zugestimmt.

Auf die Frage, warum Russland die Unabhängigkeit der Republiken Donbass und Lugansk noch nicht anerkennt, antwortete Lawrow, in den Minsker Vereinbarungen sei schließlich die Einheit und territoriale Integrität der Ukraine verankert. Die Einhaltung genau dieser Vereinbarungen durch alle Konfliktparteien könne eine Lösung der Konflikte in der Ostukraine ermöglichen.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61f3c111b480cc2a4f2369f1.jpg>

snanews.de: „Sehr ideologisiert“: Lawrow hält Nato-Antwort auf Russlands Sicherheitsvorschläge für beschämend

Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat am Freitag in einem Gespräch mit Radio Sputnik und anderen russischen Sendern zur Reaktion der Nato auf die russischen Sicherheitsforderungen Stellung genommen. Er bezeichnete die Antwort als „sehr ideologisiert“.

„Die Antwort der Nato ist so ideologisiert. Sie strotzt derart von der Einmaligkeit des Atlantischen Bündnisses, seiner besonderen Mission und besonderen Bestimmung, dass ich mich ein wenig für diejenigen schäme, die diese Texte verfasst haben“, zeigte sich der Chefdiplomat bestürzt.

Zugleich betonte er, dass die Antwort der Vereinigten Staaten im Vergleich zu jener des Bündnisses beinahe wie ein „Vorbild der diplomatischen Anständigkeit“ wirke.

Verhandlungen über Sicherheitsgarantien noch im Gange

Des Weiteren erklärte Lawrow, dass die Gespräche über Sicherheitsgarantien mit den USA und der Nato noch nicht zu Ende seien. Die Antworten der USA und der Nato ergeben laut Lawrow Sinn.

„Ich kann nicht sagen, dass die Verhandlungen jetzt abgeschlossen sind (...). Die Amerikaner und die Nato haben, wie Sie wissen, mehr als einen Monat lang extrem einfache Vorschläge, die in den Entwürfen eines Vertrages mit Washington und eines Abkommens mit dem Nordatlantischen Bündnisses enthalten sind, geprüft“, so der Minister.

Russland habe erst vorgestern die Antworten erhalten, die im sogenannten westlichen Stil Dinge in Nebel hüllen. „Dort gibt es aber auch Konstruktives, wie ich schon gesagt habe, in Nebenfragen.“

„All dies (Maßnahmen zur Verhinderung von Konflikten und zur Deeskalation von vertrauensbildenden Maßnahmen - Anm. d. Red.) hat man in den vergangenen zwei bis drei Jahren abgelehnt. Nun hat man vorgeschlagen, all dies zu besprechen. Das heißt, dass jenes Konstruktive, das in diesen Vorschlägen enthalten ist, an und für sich den jüngsten russischen Initiativen entnommen worden ist“, fügte Lawrow hinzu.

Russland prüft US-Antwort auf Russlands Sicherheitsvorschläge

Moskau prüft bereits laut Lawrow die Antworten der USA und der Nato auf Russlands Sicherheitsforderungen auf interinstitutioneller Ebene.

Ferner erinnerte er an die Worte des russischen Präsidenten, Wladimir Putin, wonach Russland Gegenmaßnahmen ergreifen werde, sollten die Versuche Russlands, sich über gegenseitig annehmbare Prinzipien zur Gewährleistung der Sicherheit in Europa zu

verständlich, scheitern. Die Gegenmaßnahmen könnten sehr unterschiedlich ausfallen. Die Entscheidung werde auf der Grundlage der Vorschläge der Militärs getroffen werden. „Natürlich werden auch andere Behörden in die Vorbereitung dieser Vorschläge involviert sein. Zumindest erfolgt jetzt die Prüfung der Vorschläge der USA und der Nato auf interinstitutioneller Ebene. Ihr Inhalt ist bereits fast jedem bekannt“, sagte Lawrow anschließend. ...



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/01/0e/5002631_0:0:3167:1782_1920x0_80_0_0_72afeb41ac219aea153897528db12cd3.jpg

armiyadnr.su: **Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR**

Die ukrainischen Kämpfer destabilisieren weiter zielgerichtet die Lage in der Konfliktzone und setzen terroristische Methoden gegen die Zivilbevölkerung des Donbass ein. **Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner vier Feuerprovokationen begangen.**

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 36. Brigade **Kominternowo** mit Antipanzergranatwerfern und das Gebiet von Sosnowskoje mit automatischen Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer der 54. Brigade **Alexandrowka** mit einem Granatwerfer beschossen, und mit großkalibrigen Maschinengewehren das Feuer auf **Jasnoje** eröffnet, dabei wurden zwei Wohnungen in der Uliza Schtschorse 33 beschädigt. Durch glücklichen Zufall wurde keiner der Bürger, die sich dort befanden, verletzt.

Die äußerst groben Verstöße der ukrainischen Seite, die den geltenden Friedensvereinbarungen über eine allumfassende Einhaltung eines Waffenstillstands widersprechen, haben ein weiteres Mal den Unwillen Kiews demonstriert, einen Kurs der friedlichen Regelung des Konflikts im Donbass zu verfolgen.

Die Versuche der Vertretung der DVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert.

snnews.de: **Wie es zu einem Krieg in Europa kommen könnte – Lukaschenko nennt zwei mögliche Ursachen**

Der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko hat im Rahmen seiner Rede an die Nation am Freitag zwei Ursachen genannt, die zu einem Krieg in Europa führen könnten. „Wird es einen Krieg geben oder nicht?“, fragte Lukaschenko in den Raum und antwortete selbst: „Ja, es wird ihn geben. Aber nur in zwei Fällen. Wenn gegen Belarus direkte Aggression verübt wird. Und zweitens (...) wenn unser Verbündeter Russland direkt angegriffen wird.“

Belarus lehne einen Krieg kategorisch ab. „Die Führungsspitze einiger Länder ist übergeschnappt. Sie glaubt, diesen Krieg gewinnen zu können. Aber es wird keinen Sieger

geben. Wir alle werden verlieren. Deshalb wollen wir keinen Krieg“, schilderte Lukaschenko und beteuerte, Minsk wolle keine Neuaufteilung der Welt oder Probleme für seine Nachbarn schaffen. Er werde auch keine belarussischen Soldaten in den Krieg mit der Ukraine schicken. „Ich bin ein friedlicher Mensch und werde keine solchen Befehle erteilen. Ich bin mir fast sicher, dass wir keinen Krieg (mit der Ukraine – Anm. der Red.) haben werden“. Die belarussische Armee sei für die Verteidigung geschaffen worden. „Wir werden niemals einen Krieg initiieren“.

Moskau und Minsk sind enge Verbündete. Sie planen im Februar eine gemeinsame Militärübung in Belarus, die angesichts der aktuellen Ukraine-Krise im Westen teils Besorgnis ausgelöst hatte. Russland verlegte etwa sein Luftabwehrsystem S-400 ins Nachbarland. Das Manöver soll unter anderem im Süden von Belarus, der an die Ukraine grenzt, abgehalten werden. Das US-Außenministerium äußerte die Sorge, Moskau könne unter dem Deckmantel der Manöver Truppen in Belarus stationieren und die Ukraine von dort aus angreifen. Zuletzt hatten sich westliche Staaten immer wieder darüber besorgt gezeigt, dass Russland einen Einmarsch in die benachbarte Ukraine anstreben könnte. Moskau dementiert solche Pläne.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0b/0f/4328819_0:174:3073:1902_1920x0_80_0_0_de02563317a0c148879d4ee8acea84a5.jpg

snanews.de: **Lawrow: Vorwürfe gegen Russland im Fall Nawalny haltlos – Antwort aus Deutschland liegt nicht vor**

Der Westen hat laut dem russischen Außenminister Sergej Lawrow keinen Grund dafür, Moskau der angeblichen Vergiftung des Bloggers Alexej Nawalny zu beschuldigen. Seiner Ansicht nach geht es dabei vielmehr um einen Provokationsversuch – zudem hat Deutschland bislang mehrere Fragen zu dem Fall unbeantwortet gelassen.

Wie Lawrow in einem Interview mit mehreren russischen Radiosendern erklärte, neigt er in dieser Frage weiterhin zu der Annahme, dass der Westen keinen Grund habe, Russland die Schuld für die angebliche gezielte Vergiftung von Nawalny zu geben – all diese Behauptungen sind ihm zufolge „als Provokation“ gedacht.

Der russische Politiker merkte an, dass der Sonderflug von Deutschland nach Omsk einen Tag vor dem Vorfall mit Nawalny bestellt worden sei – genauso, wie sich die Deutschen am Tag zuvor mit einem Hilfersuchen bezüglich der Untersuchung an die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) in Den Haag gewandt hätten. „Da gibt es viel Interessantes“, kommentierte Lawrow.

Darüber hinaus erklärte der Außenminister, Nawalny sei von US-Geheimdienstmitarbeitern in einem deutschen Krankenhaus besucht worden.

„Nawalnys Anwalt wirft Dmitri Peskow (der Sprecher des Präsidenten Russlands, Wladimir Putin – Anm. d. Red.) vor, Nawalny beschuldigt zu haben, mit der CIA (US-amerikanischer Auslandsnachrichtendienst) zusammengearbeitet zu haben. Und er fordert, Beweise

vorzulegen“, sagte Lawrow.

Und der Beweis sei eben der, dass der Blogger von amerikanischen Geheimdienstmitarbeitern im Krankenhaus besucht worden sei – so, „wie Dmitri Peskow es gesagt hat“, fuhr Lawrow fort.

Weiterhin keine Antwort aus Deutschland

Russland habe, so Lawrow weiter, zudem immer noch keine Antwort darauf erhalten, wer Nawalny nach Deutschland gebracht habe und warum das Flugzeug, das für ihn nach Omsk geflogen sei, einen Tag vor seinem Zusammenbruch bestellt worden sei.

Weiterhin offen seien auch Fragen, warum der Pilot, der nicht gewollt habe, dass Pewtschich (Nawalnys Mitarbeiterin Maria Pewtschich) die Flasche mitnehme, schließlich zugestimmt habe, so der Außenminister. Es habe ja noch einen sechsten Passagier gegeben. „Das alles wurde im deutschen Parlament, im Bundestag, gefragt“, so Lawrow.

„Die Verpflichtungen Deutschlands im Rahmen der Übereinkommen, einschließlich des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen, hängen nicht mit einem vorhandenen oder fehlenden Strafverfahren gegen irgendjemanden zusammen“, erklärte Lawrow.

Nach unseren Gesetzen, so der Politiker, könne ein Strafverfahren eingeleitet werden, wenn Tatsachen vorlägen und wenn dies nicht im Widerspruch zu den zahlreichen Fällen stehe, „in denen dieses Verfahren in den Beziehungen zu vielen anderen Ländern angewendet wird“.

Anfang Oktober hatten die USA und weitere 44 Länder auf der OPCW-Ebene eine Fragenliste hinsichtlich des Zwischenfalls mit Nawalny an Russland gerichtet und das Land aufgefordert, binnen zehn Tagen eine Antwort zu schicken. In dem Schreiben haben sich die Länder besorgt über „den Mangel an Transparenz und Kooperation“ seitens Moskaus im Zusammenhang mit dem Fall Nawalny gezeigt.

Moskau hat daraufhin eine Anfrage an Deutschland, Frankreich und Schweden sowie an das technische Sekretariat der genannten Organisation gerichtet. Die erhaltenen Antworten hat das russische Außenministerium aber mehrmals als inhaltlich „leer“ bezeichnet. ...



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/04/12/1757005_0:0:3112:1751_1920x0_80_0_0_eb600a0d1fd82a9e787b20cce23b8015.jpg

Telegram-Kanal des Außenministeriums der DVR: Kiew sind irgendwelche „Prinzipien“ wichtiger als Frieden im Donbass – die Außenministerin der DVR Natalja Nikonorowa
Die Äußerungen des ukrainischen Außenministers nach dem Treffen der politischen Berater der Führer des Normandie-Quartetts veranschaulichen auf eindrucksvolle Weise das Ausmaß der doppelten Standards, der Ignoranz und der Versuche der Realitätsflucht sowie viele andere wenig schmeichelhafte Merkmale der Führung dieses Landes.
Der ukrainische Außenminister erklärt, Kiew werde niemals direkt mit Donezk und Lugansk

verhandeln, weil „die Minsker Vereinbarungen so nicht ausgearbeitet wurden“, und fügt hinzu, dies sei „eine Frage des Prinzips“. Herr Kuleba ist relativ neu in seinem Amt, so dass er möglicherweise noch keine Zeit gefunden hat, sich mit der Chronik des Minsker Prozesses und seinen grundlegenden Dokumenten vertraut zu machen. Wir empfehlen ihm, dies umgehend nachzuholen und vor allem die Unterschriften unter dem vom UN-Sicherheitsrat gebilligten Maßnahmenpaket zu beachten, die sowohl die Unterschrift des Vertreters der Ukraine als auch die Unterschriften der Vertreter der Donezker und Lugansker Volksrepubliken enthalten.

Gleichzeitig liegt der schockierende Zynismus dieser Situation in der Tatsache, dass Kiew aufgrund seiner, wie Herr Kuleba es ausdrückte, „Prinzipien“ weiterhin unsere Gebiete beschießt, was zum Tod und zur Verletzung unschuldiger Einwohner führt, die humanitäre, verkehrstechnische und wirtschaftliche Blockade fortsetzt, Renten und Sozialleistungen nicht auszahlt, Rechte und Freiheiten beschneidet und viele andere Verbrechen begeht. Genau wegen solcher Prinzipien, die nicht einmal der Realität entsprechen und sowohl gegen die Minsker Vereinbarungen als auch gegen andere Völkerrechtsakte verstoßen, dauert der Konflikt im Donbass nun schon fast acht Jahre an. Und die ukrainische Regierung ist bereit, sich weiterhin hinter all diesen dummen Ausreden zu verstecken, anstatt sich mit uns an den Verhandlungstisch zu setzen und endlich zu erkennen, dass nur ein direkter Dialog zum Frieden führen und eine echte Regelung der Widersprüche einleiten kann. Gleichzeitig scheut Kiew sich nicht, uns direkt anzusprechen, wenn es für sie vorteilhaft ist, die Einhaltung des Minsker Prozesses vorzutäuschen, um irgendwelche politischen oder reputationsmäßigen Punkte zu erreichen, und vergisst dabei sehr geschickt ihre traditionelle Abneigung gegen direkte Gespräche mit den Republiken.

Wie ein altes Sprichwort sagt, kann ein kluger Mann seine Fehler mutig korrigieren, aber ein dummer Mann kann nicht einmal seine Unzulänglichkeiten zugeben. Unabhängig davon, in welche Kategorie die ukrainische Führung sich selbst einordnet, hat sie seit fast sieben Jahren Verpflichtungen im Rahmen eines von der internationalen Gemeinschaft gebilligten Dokuments, von denen Kiew nicht befreit ist und nicht befreit werden wird. Statt sich mit irgendwelchen „Prinzipien“ zu brüsten, sollten die Vertreter der ukrainischen Führung daher ihren Verpflichtungen mehr Aufmerksamkeit schenken, deren Grundlage für die Umsetzung eine direktes, zuverlässige und produktive Zusammenarbeit mit Donezk und Lugansk ist.

de.rt.com: Ukrainischer Präsident: Westen schürt grundlos Kriegs-Panik wegen angeblichem russischen Aufmarsch

Bei einem Treffen mit ausländischen Journalisten hat der ukrainische Präsident Wladimir Selenski den Westen vor zu viel Panik wegen einer angeblich bevorstehenden "russischen Invasion" gewarnt. Er sagte, dass er keine größere Eskalation an der Grenze erkenne. Zudem provoziere diese ungerechtfertigte Panik eine Wirtschaftskrise. Investoren würden bereits Geld aus der Ukraine abziehen.

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij sagte auf der Pressekonferenz mit ausländischen Journalisten, es gebe keinen Krieg in der Ukraine, und Russland greife sein Land nicht an. Die Informationen darüber seien "unausgewogen".

"Wir sehen heute keine größere Eskalation als zuvor. Ja, die Zahl der (russischen) Militärangehörigen ist gestiegen, aber ich habe bereits Anfang 2021 darüber gesprochen, als es um russische Militärübungen ging", sagte er. Er lud die Journalisten ein, nach Kiew zu kommen, um sich ein Bild von der Lage zu machen. Bislang würde der Westen umsonst Panik verbreiten.

"Die Medien erwecken den Eindruck, dass wir uns im Krieg befänden, dass Panzer rollen, dass Truppen auf den Straßen sind, dass mobilisiert werde, dass die Menschen irgendwohin fliehen. Das ist nicht wahr. Wir brauchen diese Panik nicht."

Mit diesen Aussagen wollte der ukrainische Präsident vor allem die Situation an den

Finanzmärkten beruhigen und den Kapitalabfluss sowie den Absturz der Nationalwährung Griwna verhindern. Ihm zufolge kämen die Panikmeldungen direkt von den westlichen Staatschefs. Er sagte:

"Ich habe angefangen, mit den führenden Politikern zu sprechen und ihnen zu erklären, dass wir unsere Wirtschaft stabilisieren müssen, weil es all diese Signale gibt, dass es morgen einen Krieg geben wird. Denn die Signale kamen sogar von angesehenen Politikern, die offen und nicht einmal in diplomatischer Sprache sagten: 'Es wird morgen einen Krieg geben.' Das ist Panik. Panik an den Märkten, Panik im Finanzsektor. Nach Ausbruch der Panik wurden 12,5 Milliarden aus der Ukraine abgezogen, was für die Ukrainer sehr teuer ist."

Offenbar spielte Selenskij mit dieser Aussage auf das Telefongespräch mit US-Präsident Joe Biden an, das am vorigen Tag stattgefunden hatte. Medien zufolge hatte es in dem Gespräch zwischen den beiden Staatschefs Differenzen in der Einschätzung der Perspektiven für einen russischen Einmarsch gegeben.

Der US-Fernsehsender CNN berichtete von Bidens Warnung, dass die russische Invasion für Februar geplant sei, wenn der Boden wegen frostigen Wetters fest werde. Außerdem war Selenskij dem CNN-Reporter Matthew Chance zufolge vor der Einnahme und Plünderung Kiews durch die russische Armee gewarnt worden.

Im Laufe der Pressekonferenz forderte Selenskij von Russland Schritte, die ihn überzeugten, dass keine Invasion geplant sei:

"Wenn Russland die Ukraine nicht angreifen will, kann es Schritte unternehmen, die diese Worte bestätigen. Warum so viele Truppen, warum so viele Übungen, warum an diesen Grenzen? Eine große Ansammlung von Truppen – große Risiken. Wozu machen Sie das? Zur Einschüchterung? Was für eine Art von Masochismus ist das?"

Ukrainische Medien bezeichneten seine Aussagen als widersprüchlich. "Bis vor Kurzem hatte Selenskij gesagt, die Zahl der russischen Truppen reiche für einen Angriff nicht aus, jetzt sagt er wieder das Gegenteil", kommentierte das Nachrichtenportal Strana die Aussagen des Präsidenten.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61f41cd3b480cc6d915dbc9e.jpg>

Telegram-Kanal des Außenministeriums der DVR: Kommentar der Außenministerin der DVR im Zusammenhang mit Aussagen der Ministerin für „Reintegration“ des Donbass
Mit jeder neuen Erklärung erreichen die ukrainischen Beamten einen neuen Gipfel des Wahns und der Heuchelei. So hat Kiew beispielsweise die Vereinbarung über die Einhaltung des Regimes der Ruhe, die auf dem Treffen der politischen Berater im Normandie-Format getroffen wurde, schnell in die Liste seiner Erfolge aufgenommen und behauptet, dies sei „ein Schritt nach vorn“.

Für die Ukraine, die schon acht Jahre „einen Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“ macht, ist

das vielleicht der Fall. Für uns ist dieser Punkt aus dem Abschlusskommuniqué der politischen Berater jedoch eine völlige Duplizierung unserer Position, die wir seit einem Jahr auf dem Minsker Treffen konsequent vertreten: Der Waffenstillstand und die Maßnahmen zu seiner Verstärkung müssen jederzeit und ohne jegliche Vorbedingungen oder Vorleistungen eingehalten werden. Und da die Republiken das unbefristete Regime der Feuereinstellung und die Maßnahmen einhalten, richtet sich der entsprechende Auftrag des Normandie-Formats gerade an die Ukraine - als diejenige Seite, die regelmäßig und methodisch gegen diese Vereinbarung verstößt.

Besonders zynisch ist jedoch die Formulierung der Ministerin zur so genannten „Reintegration“, dass „es nötig ist mit den Gebieten zu sprechen, aber unklar ist mit wem“. Entweder ist das Schizophrenie oder wir haben eine Frage: Wen genau kennt Frau Wereschtschuk nicht von den Delegierten, die die Republiken bei den Verhandlungen vertreten? Wenn es Schwierigkeiten mit den Namen gibt, kann man sich an das technische Zentrum der OSZE wenden, dem wir immer Informationen über die Teilnehmer von unserer Seite aus zukommen lassen.

Was die Frage der Vollmachten betrifft, für die sich die ukrainische Ministerin für „Reintegration“ ebenfalls interessiert, so liegen diese bei den Oberhäuptern der Republiken als Ergebnis der Volkswahlen. Dies ist ein absolut demokratisches Instrument, das in allen zivilisierten Ländern bekannt ist, aber in der Ukraine genießt diese Methode der Wahl von Führungspersonlichkeiten offenbar keine besondere Ehre.

Was die russischen Pässe für unsere Einwohner betrifft, so sollten die Kiewer Beamten wissen, dass diese Situation aufgrund ihrer eigenen Strategie der Strangulierung, Blockade und des Entzugs unserer Rechte und Freiheiten, selbst so grundlegender wie der Möglichkeit, Ausweispapiere zu erhalten und zu ersetzen, entstanden ist.

Noch einmal eine Erinnerung für diejenigen, die jetzt völlig „im Panzer“ sind: Die Notwendigkeit eines direkten Dialogs mit den Republiken ist keine willkürliche Forderung Russlands, wie Frau Wereschtschuk behauptet, sondern eine im Maßnahmenpaket verankerte Verpflichtung, ohne deren Umsetzung kein Fortschritt in den Verhandlungen möglich ist. Aus diesem Grund bleibt das Minsker Format die einzige alternativlose Plattform für eine friedliche Lösung des Konflikts. Wie sehr die Ukraine das auch möchte, aber das Minsker Format durch das Normannische zu ersetzen, aus ihm die Vertreter des Donbass zu entfernen und mit sich selbst zu reden, wird der ukrainischen Regierung nicht gelingen - das hätte schon vor langer Zeit verstanden und akzeptiert werden müssen.

snanews.de: **Stoltenberg: Russland kann Ukraine auf verschiedene Weise angreifen**

Die Nato stellt sich nach Angaben von Generalsekretär Jens Stoltenberg auf verschiedene Varianten einer „russischen Aggression“ gegen die Ukraine ein.

„Wir müssen auf eine große Bandbreite verschiedener Aggressionsformen vorbereitet sein“, sagte Stoltenberg in einer Online-Konferenz eines US-Veranstalters am Freitag. Es könnte sich dabei sowohl um eine mögliche „umfassende Invasion“ als auch um einen „Cyberangriff“, einen „versuchten Staatsstreich“ und „Sabotage“ handeln, so Stoltenberg. Wie der Nato-Generalsekretär schilderte, habe Russland allein Tausende Soldaten sowie Flugzeuge und Waffensysteme nach Belarus entsandt.

„Die Aufrüstung geht also weiter.“

Es gebe allerdings keine Gewissheit darüber, ob der russische Präsident, Wladimir Putin, tatsächlich eine Invasion der Ukraine plane.

„Vonseiten der Nato sind wir bereit zum politischen Dialog“, zeigte sich Stoltenberg offen. „Aber wir sind auch bereit zu einer Antwort, wenn Russland eine Konfrontation in Form eines bewaffneten Konflikts wählt.“ Eine Invasion der Ukraine hätte „schwerwiegende Konsequenzen“ für Russland. Die Nato-Verbündeten seien bereit, harte wirtschaftliche und politische Sanktionen im Fall einer militärischen Eskalation zu verhängen.

Nato plant keine Entsendung von Truppen in die Ukraine

Stoltenberg bekräftigte, dass die Nato keine Entsendung von Kampftruppen in die Ukraine plane. Allerdings sagte der Generalsekretär, dass es innerhalb der Allianz „einige Differenzen“ darüber gebe, „welche Art von Unterstützung wir der Ukraine gewähren sollten“, da „einige Verbündete“ nicht bereit seien, militärische Ausrüstung zu liefern.

Die Beziehungen zwischen den westlichen Ländern und Russland bleiben hinsichtlich der Ukraine angespannt. Der Westen äußert die Befürchtung eines Angriffs seitens Russlands auf das Nachbarland und droht Moskau seitdem mit schwerwiegenden Konsequenzen.

Russland wies die Vorwürfe des Westens und der Ukraine wiederholt zurück und betonte, dass sie dazu benutzt würden, um Truppen und Waffen aus Nato-Ländern in der Nähe russischer Grenzen zu stationieren. Der Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, erklärte mehrmals, dass Russland seine Truppen auf dem eigenen Territorium nach Belieben verlegen dürfe.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/04/1d/1909692_0:65:3078:1796_1920x0_80_0_0_3ea797afb274f0919798d2f1c7f98632.jpg

abends:

de.rt.com: Kremlnahe Quellen über Maßnahmenpaket gegen Diskriminierung von RT DE: DW und YouTube im Visier

Laut Informationen aus kremlnahen Quellen will Moskau auf die Diskriminierung von RT DE in Deutschland mit symmetrischen Maßnahmen gegen YouTube und die "Deutsche Welle" (DW) reagieren. Genannt wird unter anderem der Entzug der Lizenz für den deutschen Auslandssender.

Die russische Zeitung Kommersant hat am Freitag in einem Exklusivbeitrag unter Berufung auf kremlnahe Quellen mitgeteilt, Moskau wolle auf die Einschränkungen gegen den Sender RT DE in Deutschland, die die russische Seite als eine absichtliche Diskriminierung seitens der deutschen Regierung ansieht, eine harte Antwort geben und symmetrische Maßnahmen treffen.

Nach Angaben des Gesprächspartners von Kommersant schließt die russische Regierung nicht aus, die Schaltung der Werbung von deutschen Unternehmen in russischen Online-Medien einzuschränken und harte Strafmaßnahmen gegen die Videoplattform YouTube zu verhängen. Außerdem könnte es zum Entzug der Sendelizenz für DW Deutsch und DW-TV in Russland kommen.

Die russische Seite soll damit argumentieren, dass die Deutsche Welle ebenfalls komplett aus dem Haushalt der Bundesrepublik Deutschland finanziert wird. Zudem verweist der Gesprächspartner der Zeitung darauf, dass TV-Novosti, das Mutterunternehmen von RT DE, eine autonome, nicht kommerzielle Organisation ist. Und Finanzierung aus staatlichen

Quellen erhielten viele Medien einschließlich der BBC, während die BBC jedoch ungestört in der Bundesrepublik arbeiten darf. Unter Berücksichtigung dieser Umstände habe Berlin kein Recht, immer wieder auf die Feinheiten der deutschen Gesetze hinzuweisen, so die Kommersant-Quelle.

"Entweder müssen Lösungen für RT DE und seine Arbeit gefunden werden, wie es deutsche Behörden in den Fällen von anderen Medien mit der staatlichen Finanzierung getan haben, oder es wird Gegenmaßnahmen geben."

Die Situation um RT DE hatten die Außenminister Russlands und Deutschlands Sergei Lawrow und Annalena Baerbock bei ihrem persönlichen Treffen neben anderen Fragen der bilateralen Beziehungen besprochen. Der russische Top-Diplomat erklärte seiner deutschen Amtskollegin, Russland sehe die präzedenzlosen Einschränkungen des Senders in Deutschland als Diskriminierung und Verletzung der Presse- und Meinungsfreiheit an, und fordere die deutsche Seite auf, damit Schluss zu machen.

Die deutsche Regierung dementiert ihrerseits, dass es einen politischen Druck auf die zuständigen Behörden gebe, und verweist darauf, dass die deutschen Gesetze die Sendung von ausländischen Staatsmedien verbieten.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61f42edc48fbef51eb399d16.jpg>